



dbb
beamtenbund
und tarifunion

Bremer Philologen Verband

Verband der Angestellten im Schuldienst

Verband Bildung und Erziehung

Verband der Lehrer an Wirtschaftsschulen

BPV

VAS

VBE

vLw

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nutzen Sie die Chance, am **17. März** einen Personalrat zu wählen. Vielleicht ist es das letzte Mal, dass Sie einen Personalrat in dieser Form wählen können. Wenn wir uns in 4 Jahren alle in den unterschiedlichsten „Gesellschaften mit beschränkter Haftung“ wieder finden, werden Sie einen Betriebsrat wählen, der nur für „die Beschäftigten dieses Unternehmens“ zuständig ist.

Lassen Sie uns deshalb nochmals auf die „**Bildungsinfrastruktur Gesellschaft**“ zu sprechen kommen. Diese Problematik ist nicht nur aktuell, sondern sie wird in besonderem Maße die gesamte Schullandschaft verändern und damit einhergehend auch die Arbeitsbedingungen jedes Einzelnen von uns.

Kommt die Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur?

Daran ist nicht zu zweifeln, da

- einerseits die *Qualität des Bildungsangebots verbessert*, und
- andererseits die zu *hohen Kosten pro Schüler gesenkt* werden sollen.

Welche Bereiche sollen ausgegliedert werden?

Hierbei handelt es sich z.Zt. um die

- *Berufsschulen,*
- *die Erwachsenenschule und*
- *Betreuungsleistungen in allgemeinbildenden Schulen.*

Wie soll dieses Ziel erreicht werden?

- *Qualifizierte, hauptberufliche Lehrkräfte* sind für die Kernaufgaben Organisation und Steuerung des Lernprozesses zuständig
- *Nicht hauptamtliches bzw. anderes Personal, Nicht-Lehrer* übernehmen
 - spezielle Bereiche des Unterrichts und
 - unterrichtsergänzende und –stützende Aufgaben oder
- *Träger und Schulvereine* erhalten finanzielle Zuwendungen um diese Aufgaben zu übernehmen.

Wie wird das Bildungsangebot gesteuert?

Es wird eine eigene *separate Steuerungseinheit* gegründet, die die Steuerungserfordernisse der Behörde und der Schulen in diesem Bereich übernimmt, d.h. sie übernimmt

- die operative Steuerung,
- den Einkauf und den Service und
- das Controlling.

Welche Auswirkungen hat das auf die Beschäftigungsverhältnisse?

Es ist davon auszugehen, dass wir in einer solchen Konstruktion von einem Drei-Klassen-System ausgehen müssen:

- die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen werden in die Gesellschaft zwangsläufig versetzt, ansonsten würde wohl das gesamte Bildungswesen zusammenbrechen. Ihre Zahl wird mit zunehmendem Alter zwangsläufig abnehmen.
- Die derzeitig angestellten Kolleginnen und Kollegen werden in ihrem Status von der Gesellschaft übernommen
- Neueinstellungen erfolgen durch den neuen Beschäftigungsträger in eigener Tarifhoheit.
- Der Personalrat – Schulen löst sich auf. Es wird ein neuer Betriebsrat zu wählen sein für jede einzelne Gesellschaft.

Wie ist der finanzielle Rahmen ausgestaltet?

Die Gesellschaft wird finanziert durch

- Haushaltszuschüsse in Höhe von 25 Mill. € als Anschubfinanzierung,
- eine ergänzende Kreditermächtigung
- und der zusätzlich benötigte Aufwand für die Abwicklung der übertragenen Aufgaben wird durch einen zusätzlichen Haushaltstitel abgedeckt.

In diesem Rahmen ist natürlich auch die Frage der Refinanzierung zu stellen, die durch

- Effizienzsteigerungen in allen Bereichen des Produktplans Bildung erfolgen. Diese sollen sich jährlich auf ca. 8 Mio. € beziffern lassen.

Wie ist der zeitliche Ablauf zu konkretisieren?

- Die Implementierung ist zum Schuljahr 2004/5 vorgesehen,
- unter dem Gesichtspunkt der angemessenen Beteiligung der politischen und außerpolitischen Gremien.

Welche rechtstaatlichen Auswirkungen haben derartige Umwandlungen?

Es handelt sich hier um die stringente Umsetzung von OECD-Beschlüssen. Diese laufen auf die *Aushebelung des staatlichen Schulwesens* hinaus.

Reaktionen

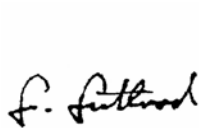
Wir – die Lehrerverbände im dbb - lehnen einen derartig weitgehenden Vorstoß des Senators für Bildung und Wissenschaft in die bildungspolitische Landschaft unseres öffentlich rechtlichen Schulwesens ab. Hierbei verweisen wir ausdrücklich auf die Stellungnahme des Arbeitskreises der Direktoren der beruflichen Schulen im Lande Bremen, die in wesentlichen Bereichen auch die unsrige ist.

Unsere Verbände werden die Rechtstaatlichkeit solcher Beschlüsse gerichtlich überprüfen lassen, da wir der Auffassung sind, dass eine solche Maßnahme nicht nur

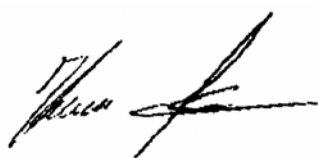
- **gegen die soziale Verantwortung des Staates gegenüber seinen Bürgern in Bezug auf eine allgemeine und berufliche Grundbildung, sondern auch**
- **gegen die Bremische Verfassung und**
- **gegen das Grundgesetz verstößt.**

Ihre

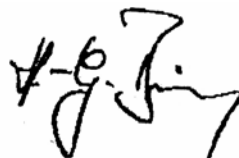
Kandidaten der Liste „Lehrerverbände im dbb“



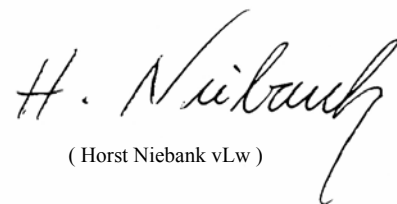
(Günther Gutbrod BPV)



(Klaus Schröder VAS)



(Hans-Georg Büring VBE)



(Horst Niebank vLw)

Lehrerverbände im dbb